



BERICHTE • MEINUNGEN • HINTERGRÜNDE



Schwerpunkt:

Digitalisierung

Themen:

Substitutionsgipfel 2019

Vom Jugendengagement
zum Bürgerengagement –
Reichenauer Tage 2019

Nachrichten:

Positionspapier
„Zukunft Mobilfunk“

Unfallversicherung für
pflegende Angehörige

Personalien:

Dietmar Allgaier
und Peter Polta als
neue Landräte gewählt

Gerhard Bauer und
Marion Dammann
wiedergewählt



Digitale Zukunftskommune@bw

Ein Projekt gefördert durch digital@bw

Aufbau einer kommunalen Geodateninfrastruktur im Hohenlohekreis am Beispiel digitaler Straßensperrungen

Von Gerald Bär und Andre Völkner, Künzelsau

Im März dieses Jahres unterzeichneten Landkreis, Städte und Gemeinden die Verwaltungsvereinbarung zum Aufbau einer kommunalen Geodateninfrastruktur (GDI). Dies ist eine wichtige Voraussetzung, um im Digitalisierungsprozess auf standardisierte Geoinformationen zurückzugreifen. Derzeit befinden sich die Projekte Bauleitplanung, Straßensperrung und Leerstands-/Baulückenkataster in der Umsetzung. Gerade das Projekt Straßensperrung hat bereits für Aufsehen gesorgt, als es mit dem Leuchtturm-Preis des Staatsanzeigers ausgezeichnet wurde: die Anwendung, die Bürgern in Echtzeit erlaubt, Straßensperrungen im Kreis abzufragen, gilt als Musterbeispiel für bürgernahen Service durch Behörden.

Geoinformationen sind ein Treiber der digitalen Gesellschaft und zentraler Bestandteil von Digitalisierung, eGovernment und Verwaltung 4.0 und sollen für alle Interessengruppen des öffentlichen und privaten Bereichs einfach nutzbar werden.

Die Landesregierung hat per Kabinettschluss die Geodateninfrastruktur (GDI) als elementaren Baustein der digitalen Daseinsvorsorge identifiziert.



Quelle: Hohenlohekreis

Ein wesentlicher Datenschatz an Geoinformation befindet sich auf der kommunalen Ebene. Dieser kann nur dann genutzt und zukunftsorientiert ausgerichtet werden, wenn es gelingt, gerade auf dieser Ebene Geodateninfrastrukturen aufzubauen. Mit Landräte-Rundschreiben Nr.12/2019 wurde daher den Landkreisen mit ihren Städten und Gemeinden empfohlen eine GDI-Vereinbarung abzuschließen.

Der Hohenlohekreis stellt sich dieser administrativen und gesellschaftlichen Verantwortung, den digitalen Wandel aktiv zu begleiten und das Informations- und Wertschöpfungspotenzial von Geodaten für Kreis und Kommunen zu aktivieren. Die GDI-Hohenlohekreis bildet dabei den organisatorischen, technischen und rechtlichen Rahmen für Austausch, Zugang und Nutzung von Geoinformationen.

Rückblick

Als 2008 beim Hohenlohekreis HOKis (Hohenlohekreis-Informationssystem) eingeführt wurde, um den Mehrwert von Geoinformation zu nutzen, fanden im Vorfeld intensive Gespräche mit den Städten und Kommunen des Kreises statt, um ein gemeinsames Geoinformationssystem einzuführen. Leider konnten damals nur sieben der 16 Gemeinden, vorwiegend kleinere Kommunen, die keine eigene GIS-Kompetenz aufbauen konnten, von dieser gemeinsamen Lösung überzeugt werden.

So entstanden heterogene Datenstrukturen mit den sich daraus ergebenden Nachteilen hinsichtlich des Datenaustauschs im gemeinsamen Verwaltungshandeln zwischen Kreis und Kommunen.

Von INSPIRE zur kommunalen GDI

Von der EU-Richtlinie INSPIRE (*Infrastructure for Spatial Information in Europe*) und der Umsetzung im Landesgeodatenzugangsgesetz (LGeoZG) sind alle Verwaltungsebenen als geodatenhaltende Stellen betroffen. Bei den Kommunen handelt es sich dabei insbesondere um die Bauleitpläne. In einem organisatorischen Handlungsleitfaden der kommunalen Landesverbände wurde den Kommunen ein Lösungsweg zur Bereitstellung der Bebauungspläne aufgezeigt. Dabei sollen die Kreise eine Bündelungs- und Qualifizierungsfunktion für die Bebauungspläne der Kommunen einnehmen, um diese landesweit einheitlich bereitzustellen.

Der Hohenlohekreis hatte sich bereits 2015 entschieden, diese Bündelungsfunktion für die Kommunen zu übernehmen. Gleichzeitig wurde dies jedoch auch als Chance gesehen, bei weiteren Geodaten Themen gemeinsame Datenstrukturen aufzubauen. So wurde die Übernahme der Bündelungsfunktion mit der Bedingung verbunden, dass sich die Kommunen aktiv am Aufbau der GDI-Hohenlohekreis beteiligen.

Im Mai 2016 verursachte ein Starkregenereignis erhebliche Zerstörungen und Schäden in der Region. So waren etliche Straßen überschwemmt oder unterspült und der Verkehr vielerorts lahmgelegt und noch Tage danach stark beeinträchtigt. In einer interaktiven Karte im HOKis-Geoportal wurden diese Straßensperrungen der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt. Dabei zeigte sich jedoch, dass noch erhebliches Verbesserungspotenzial hinsichtlich Aktualität, Qualität, Zuverlässigkeit und Zuständig-

keit für die Abbildung sämtlicher gesperrter Straßen bestand. Hinzu kommt, dass das kommunale Straßennetz bisher nicht vom Baustelleninformationssystem (BIS) des Bundes abgedeckt wird. Kommunale Verkehrsbeschränkungen standardisiert bereitzustellen ist daher Ziel des zweiten Teilprojekts in der GDI-Hohenlohekreis.

„Einfach gesagt, soll jeder jederzeit wissen wann und wo Straßensperrungen oder Verkehrsbeschränkungen bestehen oder geplant sind.“ So lautet nach Andre Völkner, Leiter der Stabsstelle GIS, das zentrale Ziel des Projektvorhabens.

Neben der Öffentlichkeit sollen vor allem Behörden und Unternehmen, die Außendienstfahrzeuge im Einsatz haben, von dem Datenangebot profitieren. Bereitgestellte Restfahrbahnbreiten können bei der Routenführung im Schwerlastverkehr entscheidend unterstützen. Für Rettungskräfte kann das Datenangebot einen medienbruchfreien Informationstransfer über das System der Leitstelle bis hin zu den Navigationssystemen in den Einsatzfahrzeugen ermöglichen.

Digitale verkehrsrechtliche Anordnung

Abgesehen von Schadensereignissen und Notfällen wird die Mehrheit der Verkehrsbeschränkungen im Kreis von der Straßenverkehrsbehörde des Landratsamts nach § 45 StVO angeordnet. Da die laufende Erhebung eines Geodatenbestands ohne eine Änderung der bisherigen Arbeitsabläufe einen erheblichen Mehraufwand verursacht hätte, wurde der gesamte Prozess des Antrags- und Anordnungsverfahrens in einen digitalen Workflow überführt. Auf vorhandene GIS-Funktionen aufbauend wurde das Plug-In HOKis-VAO (VAO steht für verkehrsrechtliche Anordnung) dafür entwickelt. Der Aufwand für die Bearbeitung eines einzelnen Antrags wird damit deutlich reduziert; im Wesentlichen durch Wegfall von Mehrfacher-



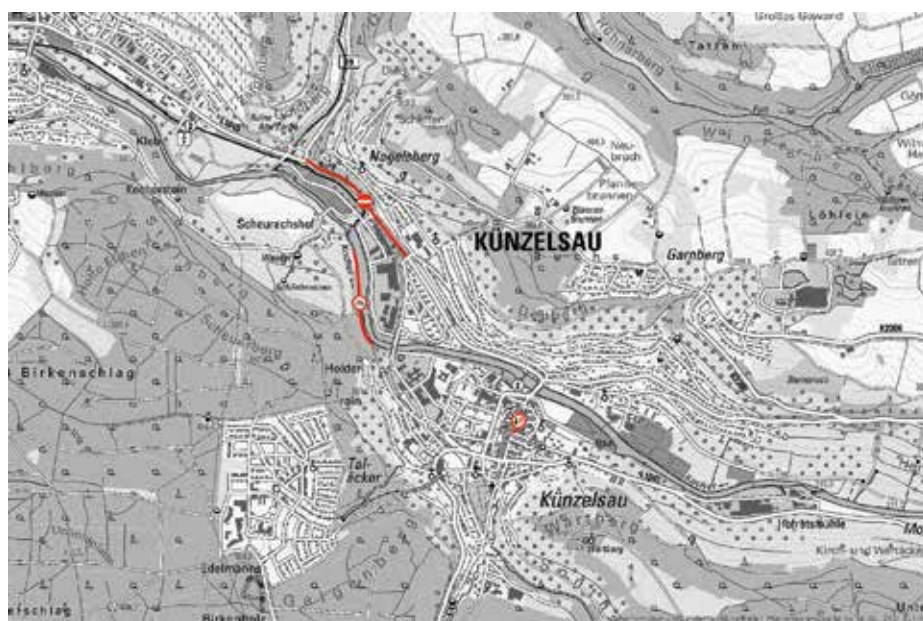
Digitale Geschäftsprozess „Verkehrsrechtliche Anordnung“

Quelle: Hohenlohekreis

fassungen, Ausdrucken, Einscannen und Ablegen von Dokumenten. Dadurch werden trotz des geringeren Aufwands mehr Informationen erfasst.

Mittels eines Online-Antrags erfasst der Antragsteller (i.d.R. Baufirmen) sämtliche Antragsparameter, die bisher in analoger Weise an die Straßenverkehrsbehörde gesendet wurden. Bei der Antragstellung steht ein interaktives Kartenbild bereit, das die Eingabe von Sperrstrecken ermöglicht. Die digitalisierten Linienobjekte werden zusammen

mit den übrigen Antragsparametern (Kontaktdaten, Art und Dauer der Sperrung etc.) ins HOKis übertragen, in dem die Bearbeitung seitens der Verkehrsbehörde vorgenommen wird. Die Kommunikation zwischen Antragstellern, Bauleitern, Sachbearbeitern und Träger öffentlicher Belange erfolgt über E-Mails, die vom System generiert und versandt werden. Mit der Anordnung werden die Sperrstrecken für die Bereitstellung freigegeben. Mit jedem Verfahren erhält der Antragsteller zudem eine Transferken-



Darstellung von Straßensperrung in HOKis

Quelle: Hohenlohekreis

nung, mit welcher der aktuelle Bearbeitungsstand abgerufen werden kann. Auf diesem Wege können Baumaßnahmen auch fertig gemeldet und verlängert werden.

Drei der 16 Kommunen im Hohenlohekreis sind selbst für die verkehrsrechtliche Anordnung zuständig und müssen in besonderer Weise beteiligt werden. D.h. Verkehrsbeschränkungen auf Gemeindestraßen in diesen Kommunen landen nicht ohne weiteres in den Datenbestand, da Anträge dort direkt gestellt und bearbeitet werden. Gespräche und etwaige Lösungswege stehen hier noch aus.

Meldeapplikation für Kommunen

Bei Not- oder Schadensfallmaßnahmen ist der Informationsaustausch gesondert zu regeln, da es hierbei keiner verkehrsrechtlichen Anordnung bedarf (z.B. bei einem Wasserrohrbruch). Über eine einfache Web-Applikation sollen die zuständigen Mitarbeiter der Kommunen Sperrstrecken digitalisieren und weitere Angaben wie Zeitraum und Anlass anfügen. Die GDI-Vereinbarung liefert dafür die organisatorischen Rahmenbedingungen. Die Straßenverkehrsbehörde wird daraufhin nachrichtlich über die Maßnahme in Kenntnis gesetzt.

Sie haben ihr Ziel erreicht?

Mit der Umsetzung des beschriebenen Projektes ist das Ziel einer alltagstauglichen Plattform für unterschiedliche Einsatzzwecke und die aktuelle Verfügbarkeit von Straßensperrungen im Hohenlohekreis erreicht. Eine Bereitstellung losgelöst von Zuständigkeiten ist

jedoch anzustreben, da der Nutzen des Projekts mit zunehmender räumlicher Abdeckung steigt.

Im Nachbarlandkreis Heilbronn sah man etwa zur selben Zeit den Bedarf eines Fachverfahrens zur Bearbeitung von Anträgen auf Straßensperrungen. Das zugrundeliegende Datenmodell wurde daher bereits in Zusammenarbeit mit dem Landratsamt Heilbronn entwickelt. Durch die Vorstellung des Projekts im GDI-BW-Begleitausschuss, mit dem MLR als federführendes Gremium, wurde die Beteiligung des Landes zum Aufbau landesweiter Straßensperrungsdaten zugesagt.

Um weitere Landkreise für die Umsetzung der verkehrsrechtlichen Anordnung und die Bereitstellung der Straßensperrungsdaten zu gewinnen, wurde über die Initiative Digitale Landkreiskonvois (INDILAKO) des Landkreistags ein Interessensbekundungsverfahren gestartet, das mittlerweile abgeschlossen ist. Dabei haben 15 Landkreise ihr Interesse an einer gemeinsamen Umsetzung angemeldet. Der „Kick-off“ im INDILAKO-Prozess ist zu Beginn des Jahres 2020 geplant. Hierfür müssen auf Landesebene noch sämtliche Stakeholder identifiziert werden, die in den Prozess einzubinden und deren Rollen zu definieren sind. Dazu zählen insbesondere Ministerien, Regierungspräsidien, Landesämter, etc. Erste Gespräche sind hier bereits erfolgt.

Ziel ist es, gemeinsam ein landesweit skalierbares Konzept zu erarbeiten, das fachlich auf der Lösung des Hohenlohekreises aufbaut. Die Herausforderung wird vor allem darin liegen, Antragstellung und Bereitstellung zu zentralisieren und die Sachbearbeitung weiterhin bei den kommunalen Stellen zu belassen.

Mobilitäts-Daten-Marktplatz (MDM)

Die Straßensperrungsdaten sollen über die MDM-Plattform der Bundesanstalt für Straßenwesen als nationaler Zugangspunkt für Verkehrsdaten bereitgestellt werden. Über die standardisierte Schnittstelle DATEX II können Daten über die Plattform ausgetauscht und für unterschiedliche Systeme bereitgestellt werden. Bei der Datenmodellierung in HOKis-VAO wurden bereits Entitäten und Enumerationen aus DATEX II berücksichtigt, wodurch die Implementierung einer Exportschnittstelle vereinfacht wird. Praxisbeispiele zeigen bereits heute, wie die MDM-Plattform als Bindeglied für den Datentransfer an Navigationssysteme, Verkehrsleitsysteme oder Fahrerassistenzsysteme eingesetzt werden kann.

Ausblick

Geoinformationen sind für die digitale Gesellschaft eine wichtige Schlüsselressource und Bestandteil einer Vielzahl an Digitalisierungsprojekten wie Smart City, intelligente Mobilität, eGovernment, Verwaltung 4.0. Eine sinnvolle Nutzung wird nur dann möglich sein, wenn diese Daten in Geodateninfrastrukturen standardisiert und interoperabel bereit stehen.

Die Zukunft wird lokal gemacht. Deshalb kommt gerade im kommunalen Umfeld dem Aufbau von Geodateninfrastrukturen eine wichtige Bedeutung zu.

Gerald Bär ist Leiter des Vermessungsamtes, Andre Völkner arbeitet in der Stabsstelle GIS beim Landratsamt Hohenlohekreis